

**Beschlussprotokoll
der 2. außerordentlichen BV-Sitzung
im WS 2017/18 am 16.1.2018
in Wien**

Beginn: 12:00

TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Anwesenheit der Mitglieder

WW	MandatarIn	Stimmübertragung
AG	Silvia Grohmann /E: Sabine Hanger	
AG	Katharina Gruber /E: Michelle Bachl	
AG	Andreas Jilly /E: Andreas Kugler	<i>StÜ: Thomas Leithner</i>
AG	Karoline Angerer /E: Johanna Wied	<i>StÜ: Caroline Panrucker</i>
AG	Joel Volkmann /E: Christian Mandelik	
AG	Fabian Stütz /E: Thomas Leithner	
AG	Raphael Gull /E: Peter Haslauer	
AG	Hendrik Klein /E: Maximilian Wagner	<i>StÜ: Florida Kleebinder</i>
AG	Claudia Witzeneder /E: Gernot Hauzenberger	<i>StÜ: Lisa Proissl</i>
AG	Patrick Lernbeiss /E: Angelo Ziwna	<i>StÜ: Sofia Seitz</i>
AG	Korbinian Kasinger /E: Felix Eggenbauer	<i>StÜ: Patrick Ilkoff</i>
AG	Benjamin Bauer /E: Daniel Glanzer	
AG	Maria Linsinger /E: Dominik Berger	<i>StÜ: David Niederhofer</i>
AG	Reinhard Büger /E: Julius Falkenbach	<i>StÜ: Adam Cervenka</i>
AG	Edin Kustura /E: Michael Böhm	
VSSTÖ	Hannah Lutz /E: Perigan Eraslan	
VSSTÖ	Jennifer Xheka /E: Marlene Spitzzy	
VSSTÖ	Berfin Kayan /E: Max Wehsely	
VSSTÖ	Sarah-Sophia Minatti-Krauhs /E: Eva Steibl	<i>StÜ: Pedro Groß</i>
VSSTÖ	Eva Sager /E: Taha Ali Mohamed Nada	

VSSTÖ	Julia Holler /E: Mana Momeni	
VSSTÖ	Clara Sophie Bitter /E: Katherina Embacher	
VSSTÖ	Kerstin Geller /E: Severin Rapp	
VSSTÖ	René Röbl /E: Andrea Martinovic	<i>StÜ: Perigan Eraslan</i>
VSSTÖ	Adnan Keskic /E: Bernhard Muttenthaler	
VSSTÖ	Agnes Jandl /E: Dorothea Jandl	
VSSTÖ	Liam Wülbeck /E: David Laumer	
GRAS	Marita Gasteiger /E: Philipp Rohringer	
GRAS	Sebastian Berger /E: Julia Huetter	<i>StÜ: Jakob Bleckenwegner</i>
GRAS	Lena Nanut /E: Lena Köhler	
GRAS	Florian Berger /E: Barbara Nessler	
GRAS	Felix Klein /E: Adriana Haslinger	
GRAS	Eda Yildiz /E: n.n.	<i>StÜ: Amelie Herzog</i>
GRAS	Vincent Luger /E: n.n.	<i>StÜ: Gregor Novak</i>
GRAS	Martina Kofler /E: Christof Ortner	<i>StÜ: Miriam Üblacker</i>
GRAS	Simon Seboth /E: Florian Ladenstein	
FLÖ	Johanna Zechmeister /E: Eren Eryilmaz	
FLÖ	Sascha Rossmann /E: Clemens Gross	<i>StÜ: Rhea Göschl</i>
FLÖ	Anna Klampfer /E: Markus Trebuch	
FLÖ	Sebastian Höft /E: Theodora Theurl	
FLÖ	Astrid Groß /E: Patrik Buchhaus	
FLÖ	Jakob Salvenmoser /E: Carolin Imbery	<i>StÜ: Christoph Peinsipp</i>
FLÖ	Nastasja Harnack /E: Lisa Baumgartner	<i>StÜ: Lukas Bürstmayer</i>
FLÖ	Johannes Strigl /E: Christoph Peinsipp	
JUNOS	Yannick Shetty /E: Heike Lehner	
JUNOS	Marta Baftiaj /E: Julian Plangger	<i>StÜ: p</i>
JUNOS	Katharina Kainz /E: Laura Schweiger	
JUNOS	Julian Unterweger /E: Patrick Strolz	<i>StÜ: Jakob Schmid</i>

JUNOS	Christoph Hofer /E: Elma Jusic	
JUNOS	Bernadette Burger /E: Mahrukh Syed	
JUNOS	Nino Rohrmoser /E: Gernot Pruschak	<i>StÜ: Paul Pfahnl</i>
KSV - LiLi	Michael Fischer /E: n.n.	
RFS	Lukas Heim /E: David Poimer	
KSV (KJÖ)	Lukas Haslwanger /E: n.n.	
No Ma`am	Mathias Fink /E: n.n.	

Anwesende Referentinnen und Referenten: Adriana Haslinger (Wiref), Dorothea Jandl (Sozialref), Sebastian Höft (Bipol), Simon Seboth (ÖffRef), Sebastian Berger (intern. Ref), Lena Nanut (MeRe), Andrea Ungerer (Maturant_innenberatung)

12:15 Lisa Proissl meldet sich an.

TOP 2 – Genehmigung der Tagesordnung

Antrag 1 – Johanna Zechmeister

Betr.: Tagesordnung

TAGESORDNUNG

- 1) Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit der Mitglieder sowie der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung der Tagesordnung
- 3) Studiengebühren (Studienbeiträge)
- 4) Allfälliges

Antrag einstimmig angenommen

TOP 3 – Studiengebühren (Studienbeiträge)

Michael Böhm stellt den Antrag 2.

Fabian Stütz stellt die Anträge 3 und 4.

Antrag 3 – Fabian Stütz (AktionsGemeinschaft)

Betr.: Studiengebühren

Am 16.12.2017 wurde das Regierungsprogramm präsentiert, unter anderem findet sich die Einführung von flächendeckenden Studienbeiträgen in dem Programm wieder.

Aus Sicht der Aktionsgemeinschaft ist dies genau der falsche Weg!

Nur mit einer Ausfinanzierung der Hochschulen kann sich die Qualität, insbesondere in der Lehre, nachhaltig steigern.

Um der geplanten Regierungsvorlage entgegen zu wirken, sehen wir als ersten Schritt eine breite Medienkampagne, welche die Studierenden und auch die Bevölkerung beim Thema „Studiengebühren“ informiert und sensibilisiert.

Die ÖH-Bundesvertretung möge beschließen:
Auflösung von 100.000€ aus den Rücklagen für:

- Medienkampagne gegen „Studiengebühren“
- Rechtliche Prüfung der Regierungspläne bezüglich Studienbeiträge

Antrag nicht abgestimmt, da Gegenantrag 2 angenommen

Antrag 4 – Fabian Stütz (AktionsGemeinschaft)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 3

Die ÖH-Bundesvertretung möge beschließen:

Die durch Auflösung der Rücklagen zur Verfügung gemachten monetären Mittel werden ausschließlich verwendet für:

- Infobroschüre für sämtliche Studierenden

Diese beinhaltet:

- Aufklärung darüber, welche Rechte den Studenten aus der Entrichtung von Studienbeiträgen erwachsen.
- Unterschied Studiengebühren und Studienbeiträge.
- Wohin fließen die Studienbeiträge.

Aktionismus

- Informationstage an allen betroffenen Hochschulstandorten. Hier soll eine Sensibilisierung für die bevorstehende Änderung in puncto Studiengebühren geschaffen werden.

Diskussionsveranstaltungen

- Diskussionsrunden in Räumlichkeiten der Universitäten mit Vertretern der jeweiligen Ministerien, internationalen Vertretern, Vertretern der lokalen Hochschülerschaften etc., um ein breites Meinungsbild zu schaffen.

Durchführung einer Umfrage unter allen Studierenden mit medialer Bewerbung dieser Abstimmung, um eine möglichst breite Rücklaufquote zu erreichen. Inhalt der Umfrage: Pro oder Contra beim Thema „Studiengebühren“.

Rechtliches

- Rechtliche Prüfung der Regierungspläne bezüglich Studiengebühren.

Antrag nicht abgestimmt, da Gegenantrag 2 angenommen

Christoph Hofer stellt den Antrag 5 (inklusive geheimer Abstimmung)

12:19 Sitzungsunterbrechung bis 12:25.

Diskussion zu den gestellten Anträgen.

12:50 Sebastian Berger meldet sich ab, Jakob Bleckenwegner meldet sich an.

Antrag 5 – Christoph Hofer (JUNOS)

Betr.: Gegenantrag zu Antrag 3

Die schwarz/blau Bundesregierung sieht in ihrem im Dezember 2017 vorgelegten Regierungsprogramm für die Jahre 2017-2022 neben anderen hochschulpolitischen Maßnahmen die Einführung „moderater Finanzierungsbeiträge“ für Studierende vor. Die Zahlung dieser Beiträge soll während des Studiums erfolgen und die gezahlte Summe im späteren Berufsleben durch einen Steuerbonus (für in Österreich steuerpflichtige Personen) rückerstattet werden.

Wie einigen Medienberichten des Weiteren zu entnehmen war, sollen die Beiträge sich in einem Rahmen von 500-1000€ bewegen und weder den Universitäten unmittelbar zugutekommen, noch zu einer Aufstockung des allgemeinen Hochschulbudgets führen.

Obgleich Studiengebühren, richtig umgesetzt, unseres Erachtens ein valides Mittel sein können, um die Verbindlichkeit und Qualität des Studiums zu steigern, lehnen wir die Pläne von Schwarz/Blau, wie sie sich derzeit darstellen, ab. Durch die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge während des Studiums, statt einer möglichen Nachlagerung, kommt es zu einer nicht notwendigen sozial selektiven Wirkung dieses Modells. Gleichzeitig gibt es keine Garantie, dass die Qualität des Studiums für den einzelnen Studierenden wesentlich steigt, da die Universitäten wie sich abzeichnet, keinen Cent mehr pro Studierenden erhalten werden. Und auch die Gestaltung als Steuerbonus, in dessen Genuss nur inländische Arbeitnehmer_innen kommen können, stellt keinen Beitrag zu einem international ausgerichteten und attraktiven Hochschulstandort dar.

Um diesem schwarz/blauen Modell die Zähne zu ziehen und die Qualität des Studiums für alle Studierenden zu steigern, wird es unseres Erachtens nicht reichen nur „Mit uns nicht“ zu kampagnisieren. Die ÖH muss offensiv mit einem sozial gerechteren Gegenmodell der Studiengebühren in die öffentliche Debatte einsteigen und damit den Druck auf die Regierung substantiell erhöhen, sodass sich doch noch die eine oder andere Verbesserung für die Studierenden erreichen lässt.

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft beschließt deswegen hiermit:

- Die Auflösung von 100 000€ aus ihren Rücklagen
- Eine Medienkampagne für ein sozial gerechteres Studiengebührenmodell und gegen die schwarz/blauen Regierungspläne betreffend Studiengebühren
- Die Ausarbeitung eines sozial gerechteren Gegenmodells der Studienbeiträge in einer Arbeitsgruppe nach Satzung. Diese soll unter der Leitung von Sebastian Höft bis zur 1. ordentlichen BV-Sitzung im Sommersemester 2018 ein Ergebnis erarbeiten.

Antrag auf geheime Abstimmung, unterschrieben von Yannick Shetty, Victor Fulterer, Paul Pfahnl, Katharina Kainz, Jakob Schmid, Christoph Hofer und Bernadette Burger

7 Pro 45 Contra
Antrag gefallen

Marita Gasteiger übernimmt die Sitzungsleitung.
13:21 Sitzungsunterbrechung bis 13:27

Antrag 2 – Michael Böhm (Wirtschaftsausschuss)

Betr.: Gegenantrag zu Antrag 3

Die Pläne der Bundesregierung zeigen, dass im Hochschulbereich in den nächsten Monaten mit massiven Einschnitten zu rechnen ist. Neben der geplanten Beschneidung des Mitspracherechts der Österreichischen Hochschüler_innenschaft soll es auch zu weiteren Zugangsbeschränkungen und Zwangsexmatrikulation bei Prüfungsinaktivität kommen. Zusätzlich sorgt die Forderung nach flächendeckenden Studiengebühren für weiteres Aufsehen, zeigen die Zahlen der Studierendensozialerhebung doch eindeutig, dass solche Maßnahmen vor allem arbeitende Studierende und Studierende mit sozioökonomisch schwächerem Hintergrund besonders hart treffen.

Die ÖH-Bundesvertretung möge beschließen:

- Es werden Rücklagen iHv € 250.000 (1/4 Million €) aufgelöst.
- Die bereits seit Beginn der Exekutivperiode laufende Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit der ÖH-Bundesvertretung soll ein Kampagnenkonzept erarbeiten, in dem die Themen

- Studiengebühren
- Zugangsbeschränkungen
- Allgemeinpolitisches Mandat
- bearbeitet werden. Die Kampagne soll im Sommersemester 2018 stattfinden. Bei passendem Zeitplan soll der Kampagnenplan in der 2. o. Sitzung der Bundesvertretung im Sommersemester 2018 präsentiert werden.

29 Pro 23 Contra
Antrag angenommen

13:39 Sitzungsunterbrechung bis 13:44

TOP 4 – Allfälliges

Ende der Sitzung: 13:47